

Herforder Zeitung

Druck und Verlag Fr. Kuhle in Herford
Postfachkonto Hannover 5796

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennweg
Fernsprecher Nr. 83 und 151

Bezugs-Preis 5.40 Mark vierteljährlich, bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld.
Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags.

Anzeigenpreis 20 Pfennig für die einspalt. Millimeterzeile oder deren Raum für
u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfg., Reklamen die Zeit

General-Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 15

Herford, Montag, den 19. Januar 1920

30. Jahrgang

Die Auslieferungen.

Von Professor Gerland.

Bekanntlich ist Deutschland durch den Friedensvertrag verpflichtet, diejenigen Personen, welche die Entente namhaft macht, der Entente zur strafrechtlichen Verfolgung auszuliefern, ohne Rücksicht auf die reichsgerichtlichen Bestimmungen, wonach Deutsche einer fremden Macht zur Bestrafung nicht ausgeliefert werden dürfen. Wie man den ausländischen Zeitungen entnimmt, beschäftigen sich die verschiedenen Staaten der Entente bereits auf das entschiedenste mit der Aufstellung der Listen der auszuliefernden Personen. Wer dazu gehört, ist bis jetzt vollkommen unklar, und namentlich muß dringend davor gewarnt werden, etwa anzunehmen, daß bestimmte Personen aus irgendwelchen Rücksichten auf den deutschen Standpunkt von der Entente nicht genannt würden. Ich glaube, man tut nach den Erfahrungen der vergangenen Zeit klüger, anzunehmen, daß uns nichts erspart bleibt, um daher auf alles gefaßt zu sein.

Es will mir nun scheinen, als ob man sich, ich weiß nicht, ob an regierenden Stellen, jedenfalls aber in der Öffentlichkeit, noch nicht genügend mit der Frage befaßt hat, wie denn eigentlich die Auslieferung durchgeführt werden soll. Daß hier Schwierigkeiten über Schwierigkeiten entstehen, auch innerpolitisch, liegt auf der Hand. Denn es dürfte doch eigentlich kaum möglich sein, daß ein demokratischer Parteiminister Befehle gegen Personen erläßt, die Deutschland in treuer Pflichterfüllung ehrenvoll vertreten haben, wenn sie auch schließlich in dem ungleichen Kampf der Waffen unterlegen sind. Es dürfte dies umso weniger möglich sein, als die Demokratische Partei den Friedensschluß auch deshalb abgelehnt hat, weil sie unsere Auslieferungspflicht der Entente gegenüber nicht anerkennen vermochte. Daß sich hier aus dem Eintritt der Demokraten in die Regierung Bedenken ergeben von sehr großer Tragweite, liegt auf der Hand. Aber auch abgesehen hiervon ist die Schwierigkeit, die der Regierung entsteht, so groß, daß man sich nur darüber wundern kann, daß in der Öffentlichkeit nicht längst diese Frage eingehend behandelt ist. Es nützt doch nichts, daß man, wie so oft, Vogelstraußpolitik treibt und abwartet, was kommt. So oft hat man uns gesagt, es wird nicht so schlimm werden, und dann ist es immer viel schlimmer geworden, als man erwarten konnte. So kann es diesmal auch wieder werden und daher müssen die Fragen, um die es sich handelt, wenn man überhaupt noch in der Angelegenheit Deutschland eine Mitbestimmung bewahren will, geklärt sein, ehe die Entente die verhängnisvolle Aufforderung zur Auslieferung an uns richtet.

Ich meine nun, daß sich wohl ganz Deutschland über den einen Gedanken klar ist, daß alles geschehen muß, um den auszuliefernden Personen diejenige Hilfe durch das Reich zu gewährleisten, die auf Grund des Friedensvertrages geleistet werden kann. Hier scheint mir nur ein Gedanke von Bedeutung sein, der daher zuerst erörtert werden mag.

Die Entente verlangt die Auslieferung Deutscher aus zwei ganz verschiedenen Gründen. Einmal werden Anträge gegen einzelne Persönlichkeiten erhoben wegen Taten, die auch nach geltendem Reichsrecht unter die Strafgeseze fallen.

Hierzu gehört unerlaubtes Erschießen von Zivilpersonen, unerlaubte Inbrandsetzung von Gebäuden, Plünderung und was dergl. mehr ist.

Nun kann es doch nicht allzuschwer sein, festzustellen, gegen welche Personen derartige Anträge erhoben werden und ich meine, die deutsche Regierung täte gut daran, wenn sie in allen diesen Fällen sofort ein strafgerichtliches Verfahren gegen die betreffenden Personen vor deutschen Gerichten einleiten würde. Selbstverständlich müßte sofort erklärt werden, daß durch dieses Strafverfahren nicht etwa das Recht der Entente auf nochmalige Aburteilung beeinträchtigt werden sollte. Allein es dürfte doch zur Klärung der Sachlage wesentlich beitragen, wenn deutsche Gerichte den Tatbestand ihrerseits auch festgelegt hätten, und es würde dies auch den Angeklagten vor den Ententengerichten ihre Verteidigung wesentlich erleichtern. Ferner aber würde es der Entente den Ernst der deutschen Regierung beweisen. Verbrechen, von denen sie auch immer begangen sein mögen, ohne Ansehung der Partei, des Standes usw. zur Aburteilung zu bringen. Es ist ja das gerade die Behauptung der Entente, die so oft aufgestellt ist, auf die auch in der Mantelnote der Entente hingewiesen ist, daß unsere Regierung die Strafverfolgung nicht eingeleitet hätte, obwohl die Beschuldigungen offenkundig seien. Und es muß zugegeben werden, daß es unbegreiflich ist, daß die Regierung hier noch nicht eingeschritten ist. Jetzt, wie gesagt, dürfte aber der letzte Zeitpunkt gegeben sein, in dem ein solches ganz objektives Einschreiten, Feststellen, eventl. Verurteilen noch die letzte Möglichkeit böte, die Auslieferung in diesem Falle vielleicht zu verhindern.

Auf der anderen Seite verlangt die Entente Auslieferung wegen Handlungen, die sich gegen das allgemeine Völkerrecht richten sollen. Hier handelt es sich also um Tatbestände, die nicht unter ein deutsches Strafgesetz fallen und die infolgedessen auch nicht vor deutschen Strafgerichten zur Aburteilung gebracht werden können. Meine Auffassung, daß alle diese Fälle längst vor einem Staatsgerichtshof hätten zur Entscheidung gebracht werden müssen, ist so bekannt, als daß ich sie hier noch einmal aussprechen muß. Es besteht ja auch scheinbar nicht die Absicht, in der nächsten Zeit einen Staatsgerichtshof für diese Angelegenheiten zu bilden und es muß daher mit einer Auslieferung gerechnet werden, die vielleicht (ich betone das „vielleicht“) bei rechtzeitiger Inanspruchnahme eines Staatsgerichtshofes hätte vermieden werden können.

Was soll nun hier geschehen? Ich meine, das richtigste für alle Personen, die hier in Frage kommen, wäre, daß sie sich freiwillig sofort stellen würden. Daß diese Forderung vom Einzelnen ungeheuer viel verlangt, liegt auf der Hand. Aber wenn der Krieg vom Einzelnen verlangt, daß er für die Gesamtheit stirbt, so dürfte vielleicht der Friede auch diese Forderung an den Einzelnen richten können und ich glaube, daß die, die im Kriege rücksichtslos ihre eigene Person immer und immer wieder für das Vaterland eingesetzt haben, auch zu jenem letzten, höchsten Opfer bereit sind, das die Auslieferung an den Einzelnen stellt. Ich würde es für durchaus unrichtig halten, wenn man (etwa gar aus parteitaktischen Rücksichten heraus) die Regierung zwingen wollte, ihrerseits die Auslieferung zu erzwängen.

Wenn nun aber die freiwillige Gestellung der Einzelnen erfolgen würde, so müßte selbstverständ-

lich der Staat die unbedingte Verpflichtung übernehmen, all den Schaden zu ersetzen, der dem Einzelnen, der sich dem Vaterlande opfert, durch dieses Opfer entsteht. Es dürfte hier nicht wieder in geradezu unerfreulicher Art und Weise die Schadenersatzverpflichtung hinausgeschoben werden, bis sich dieser Schaden ziffernmäßig feststellen läßt. Sondern es müßte von allem Anfang an in weitgehendster, vornehmster Art und Weise dafür gesorgt werden, daß keinerlei wirtschaftliche Nachteile für die Einzelnen, namentlich aber für ihre Familien aus der Auslieferung entstehen. Es kann natürlich nicht daran gedacht werden, daß die freiwillige Gestellung der Einzelnen erfolgt, wenn etwa von der Regierung ein Verfahren beliebt würde, wie man es gegenüber den vertriebenen Ost-Volksgruppen angewandt hat, denen man erst gar nichts, dann aber nur Unterstützung durch das Rote Kreuz gewährte. Das beste wäre, daß die Nationalversammlung sich sofort mit der ganzen Frage beschäftigt und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt. Ferner müßte von der Regierung in umfassender Form für die Verteidigung gesorgt werden, denn auch hier ist die Unterstützung durch das Reich versuchte Pflicht und Schuldigkeit und sonst nichts.

Was nun aber die Verteidigung selbst betrifft, so würde ich es für richtig halten, daß die auszuliefernden Personen nach einer bestimmten Vereinbarung einheitlich vorgehen würden. Wenn sie sich freiwillig dem Friedensvertrag unterwürfen, so bedeutet das nur, daß sie sich den fremden Gerichten stellen, nicht aber, daß sie die fremde Gerichtsbarkeit anerkennen. Mein Vorschlag geht infolgedessen dahin, sich zu stellen, aber vor den Ententengerichten die Einsassung zu verweigern und sich nach keiner Richtung hin irgendwie zu verteidigen. Die Angeklagten müßten schweigend für das Vaterland dulden, aber es unter Würde halten, von einem durch leidenschaftlichsten Haß verblendeten und befangenen Gericht ein Urteil entgegenzunehmen, das als Recht anzuerkennen keinem Deutschen jemals zugemutet werden kann. Denn der alte Rechtsgrundsatz, daß niemand Richter in der eigenen Sache sein kann, muß auch, wenn wir nun einmal völkerrechtliche Gerichte bekommen, für das Völkerrecht gelten und infolgedessen ist hier Schweigen die einzige Antwort, die einem Feinde gegenüber am Platze ist, der es mit seiner Ehre vereinbar hält, von dem wehrlos Besiegten alles zu erpressen, was überhaupt nur möglich ist. Allerdings müßten dabei alle Angeklagten konform vorgehen und es dürfte namentlich nicht die naheliegende, sehr einfache Verteidigung gewählt werden, man habe nur auf Befehl des Vorgesetzten gehandelt. Eine derartige Verteidigung kann nur als unwürdig bezeichnet werden, denn da wir nun einmal alle, jeder an seiner Stelle, unser Bestes für unser Vaterland in diesem Kriege um die Freiheit (denn daß es um die Freiheit ging, beweist der Frieden von Versailles) eingesetzt haben, so müssen wir auch die Verantwortung für unsere Handlungen selber übernehmen und dürfen nicht die damit belasten, denen wir doch vielleicht oft nur allzuwillig und allzugenug gehorcht haben.

Da die Zeit drängt, muß die Frage so rasch als möglich geklärt werden. Sie zur öffentlichen Diskussion gestellt zu haben, war der Zweck meiner Zeilen.

Die Auslieferungsnot an Holland über

mit. Paris, 18. Jan. Dutasta überbrachte morgen dem holländischen Gesandten in der Note des Obersten Rates, welche die Angelegenheit des ehemaligen Kaisers behandelt. Das Stück, das sich auf Artikel 227 des Vertrags bezieht, appelliert an den Gerechtigkeitssinn der holländischen Regierung und ersucht, den Wünschen der Alliierten anzupassen, eine exemplarische Strafe zu statuieren.

Holland bleibt fest.

L.L. Haag, 18. Jan. (Drahtmeldung) Pariser „Intransigeant“ gibt die Ansicht der holländischen Juristen in der Sache wie folgt wieder: Artikel 4 der holländischen Verfassung sichert allen, die sich auf holländischem Boden befinden, gleiche Rechte und Schutz hinsichtlich Leben und Eigentum. Staatsangehörigkeit ist gleichgestellt. Dieser wird die Auslieferungsfrage vor allem und er wird auch in dem Auslieferungsgesetz mit Frankreich, England und den anderen Staaten ausdrücklich erwähnt. Jedoch um Auslieferung muß von der holländischen Regierung nach Gesetz und Verkommen entschieden. Die Verletzung der internationalen Verträge, welche im Artikel 227 erwähnt wird, auf der Liste der strafbaren Vergehen der holländischen Verfassung und auch nicht in holländischen Abkommen. Obgleich diese Handlung als Vergehen in den Augen der Mächte, die die Auslieferung verlangen, her kann Holland nicht ausreichend Strafe einer Tat mitwirken, die die Strafe gestellt ist. Der zweite Grund, auf den hinaus, daß die Tat, deren der Schuldige wird, eine politische ist, und ferner fest, daß politische Verbrechen nicht an politischen Vergehen keine Auslieferung sind. Dies wird in den Lieferungsverträgen anerkannt.

Basel, 17. Jan. Die Prelinformations aus Amsterdam: In sonst gut unterrichteten Kreisen verlautet, die holländische Regierung werde die Initiative ergreifen und in einer Erklärung dastehen, daß das Verhalten der deutschen Exkaiser gegen die Alliierten, den deutschen Exkaiser ungerechtfertigt sei. Die Regierung werde mittelbar nach Eintreffen der Note des im Haag ihre Stellung in dieser Frage, besonderen Sitzung in der Kammer zu bringen und sich und ihren Stand rechtfertigen.

Proteste gegen die Auslieferung

L.L. Magdeburg, 18. Jan. (Drahtmeldung) Der Gesamtverband der Deutschen der Partei in Magdeburg hat eine Entschlossenheit gefaßt. Es wird mit allem Nachdruck die verlangte Auslieferung Deutscher Feinde gefaßt. Es wird mit allem Nachdruck die Auslieferung der Mitglieder der D. N. Regierung verlangt, sobald diese sich sollte, moralisch oder durch Mittel der Auslieferung zu vollstrecken.



Senator Petersen

spricht

heute abend 8 Uhr im Vereinshaus

München, 18. Jan. Die demokratische Fraktion brachte den Antrag ein, die kaiserliche Regierung möge bei der Reichsleitung wirken, daß von dieser alles geschieht, um Bestimmungen des Versailler Vertrages über Auslieferung, deren Ausführung Regierung und Volk mit unauslöschlicher Schwere bedenklichste, nicht zur Ausführung gelangen zu lassen.

Der gestürzte Tiger.

Berlin, 17. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Paul Deschanel ist heute zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden. Er erhielt von 889 Stimmen 734.

Für uns Deutsche bedeutet die Nachricht, die gestern noch in später Stunde der Telegraf aus Paris verbreitete, einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft. Clemenceau wird nicht mehr sein. Seine nachsichtige Politik, mit der wir nach all den Stimmen, die in letzter Zeit aus Frankreich zu uns gedrungen waren, in den nächsten sieben Jahren noch zu rechnen hatten, scheint, wenn nicht alles trügt, abgelöst werden zu sollen. Clemenceau, der Ministerführer, wurde gestern gestürzt. Briand und seine Freunde hatten hinter der politischen Kluft die Stricke gezogen, über die der alte, vom Sieg geblendete, ehemals so feinhörige Routinier der politischen Intrigen stolpern sollte. Man wollte seine Kraftnatur im Elysée nicht haben, den Frankreich zu verbergen hat. Man wollte wieder zum Parlamentarismus zurückkehren, den des Tigers Eigenmächtigkeit und Selbstbewußtsein so oft negiert hatte. Man wollte, mit einem Worte, die Ausschaltung Clemenceaus, ehe sein Größenwahn unheilvolle Wirkungen im Lande und in der Welt zeitigte.

Clemenceau ist politisch tot. In der gestrigen gemeinsamen Sitzung von Senat und Kammer fiel die Wahl gegen ihn aus. Clemenceau zog, um einem noch größeren Mißgeschick zu entgehen, seine Kandidatur zurück. So wird seine Laufbahn am 17. Februar, wenn Poincaré das Elysée verläßt, zu Ende sein. Deschanel, den Briands Freunde auf den Schild gehoben haben, wird, so besteht kaum ein Zweifel, heute gewählt werden, am 17. Februar ins Elysée einziehen und, wenn das Kabinett Clemenceau seine Demission angeboten hat, Briand zu seinem Ministerpräsidenten ernennen. Die Gegnerschaft Clemenceaus wird zukünftig das Wort in Frankreich haben. Man wird also in gewisser Weise von einem Systemwechsel sprechen können. Dieser Wechsel dürfte sich der Weise äußern, daß man die realpolitische Linie des betagten Ministerpräsidenten verläßt, um Frankreich, nach einer chaotischen Periode von Krieg- und Siegesrausch, in die Reihe der nächsten vorwärtstreibenden Staaten zu stellen. Es ist heute noch nicht gewiß, ob einem ernstlichen Willen in dieser Beziehung das französische Volk, das vor kurzem noch in „nationalen“ Wahlen machte, und ob ihm namentlich auch die französische Kammer folgen wird. Das französische Volk, das Clemenceau als den Schöpfer des neuen siegreichen Frankreichs liebt und feiert, wird gewiß von der gestrigen Wahl berührt sein und es ist möglich, daß sich seine Enttäuschung in politischen Exzessen äußert. Aber auch die Abstimmung in Kammer und Senat wird der nicht überschätzen, der das dunkle Schiebertum hinter den Kulissen kennt. Immerhin sind Hoffnungen in die Zukunft zulässig. Je weiter sich die Zeit von den unheilvollen Folgen des Krieges und dem Nachrausch des Sieges entfernen wird, umso mehr

wird man auch in Frankreich den bösen Clemenceaugeist erkennen und verabschieden lernen. Vielleicht kann dazu auch der reiche und gepflegte Deschanel, der derzeitige Kammerpräsident, beitragen, wenn er jene Zügel in den Händen haben wird, die Clemenceau in einem Augenblick politischer Blindheit ergreifen zu können glaubte. Deschanel ist kein großer Politiker, aber er ist eine Persönlichkeit, die sich gern den modernen Ideen zuwendet. Das Doppelgespann Deschanel-Briand läßt den Raum frei für eine erträgliche Nachbarschaft Deutschlands und Frankreichs. Insofern können wir diese Wahl begrüßen.

Die völlige Kaltstellung Clemenceaus.

L.L. Genf, 19. Jan. (Drahtmeldung.) Clemenceau hat gestern dem Präsidenten Poincaré seine Demission als Ministerpräsident und die Demission des Kabinetts überreicht. Er ist weder Senator noch Abgeordneter, verschwindet also vollständig aus dem politischen Leben und wird auch den Vorsitz im Obersten Rat der Verbündeten niederlegen. Der so plötzlich Gestürzte hat Journalisten erklärt, daß er auch aus dem politischen Kampf verschwinde.

In der Frage der Nachfolgerschaft des Präsidenten des Ministerrats hat man sich inoffiziell bereits den neuen Herrn, Deschanel, gewandt. Trotzdem man Briand als den geeigneten Herrn bezeichnet, kann man vermuten, daß das Ministerium Briand nicht lange auf sich warten lassen wird.

Paris, 18. Jan. (Havas.) Der neue Präsident Deschanel stattete gestern Abend Poincaré einen Besuch ab, wobei ihm militärische Ehren erwiesen wurden. Poincaré begleitete Deschanel in sein Kabinett, um ihm seinen Glückwunsch auszusprechen. Bei seiner Ankunft und Abfahrt wurde Deschanel von einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt. Auch Bourgeois und Matignon besuchten Deschanel Besuche ab. Ministerpräsident Clemenceau traf er jedoch nicht an.

Paris, 18. Jan. (Havas.) Wahrscheinlich wird Deschanel in der Diensttagung der Kammer seine Demission als Kammerpräsident abgeben. Als Kandidaten für seinen Posten werden genannt André Kéroux, Perret, Barthou und Viviani haben abgelehnt zu kandidieren. Als Clemenceaus Nachfolger kommen Millerand, Briand und Barthou in Betracht. In der französischen Presse wird die Wahl Deschanel als ein sehr glückliches Ereignis betrachtet. Die einmütige Ansicht geht dahin, daß die eindrucksvolle Wahl durch die Nationalversammlung auf das tiefgehende Empfinden zurückzuführen ist, daß die Kandidatur Deschanel weit davon entfernt war, eine Kampfkandidatur zu sein, daß sie im Gegenteil unter den obwaltenden Umständen die ideale Kandidatur der nationalen Einheit darstellte.

Eine Enthüllung.

Köln, 17. Jan. Der frühere Reichsjustizminister, jetzt zum deutschen Geschäftsträger in Brüssel ernannte Mehrheitssozialdemokrat Otto Landsberg sprach vor einer mehrheitssozialistischen Versammlung in Köln, in der er folgende „Enthüllung“ machte, entgegen dem Vorwurf, die deutsche Armee sei von hinten erdolcht worden, und die er erst jetzt nach Friedensschluß der Öffentlichkeit unterbreiten wolle. „Siernach habe am 5. November 1918, also vier Tage vor der Revolution, im Berliner Kabinett der Plan bestanden, der Entente die Kapitulation ganz Deutschlands anzubieten.“

Großartige Kundgebung in Flensburg.

Flensburg, 17. Jan. Vom Abstimmungsausschuß waren gestern in den vier größten Lokalen Versammlungen anberaumt, aber schon eine Stunde vorher waren dieselben überfüllt. In jeder Versammlung sollten vier Redner sprechen. Alle diejenigen, die nicht mehr in den Saal kommen konnten, hielten eine Versammlung unter freiem Himmel ab. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der einstimmig die Treue zum deutschen Volk zum Ausdruck gebracht wird. An die Versammlung schloß sich ein nach Tausenden zählender Umzug durch die Stadt unter den Klängen des Schleswig-Holsteinischen Liedes an. Es war die größte Kundgebung, die jemals in Schleswig stattgefunden hat.

Graf Arco begnadigt.

Berlin, 17. Jan. Aus München wird gemeldet: Graf Arco wurde zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt.

Deutsches Reich.

Essen, 17. Jan. Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt, ist der Tarif für das Meißnisch-Weißfahle Steinkohlengruben seitens der Arbeitnehmerverbände zum 1. 1. gekündigt worden. Anlaß der Kündigung der Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifabkommens trat die Bezirksarbeitsgemeinschaft des Bergbaus für das Ruhrgebiet in Essen zusammen. Auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft hatte der Reichsarbeitsminister als seinen Vertreter Regierungsrat Dr. Vodenstein zu der Sitzung entsandt. Bei den Beratungen gab der Regierungsvorsteher auf Anfragen aus der Versammlung folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung hält an der gegenseitigen ganz außerordentlichen wirtschaftlichen Not Deutschlands eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit im Steinkohlengruben für eine Unmöglichkeit. Die derzeitige Lage des deutschen Volkes und des Reiches gebietet, daß die Einführung der Sechsstundenschicht von der internationalen Verständigung der hauptsächlich kohlenerzeugenden Staaten abhängig gemacht wird.

Berlin, 18. Jan. Am Schluß der heutigen Sitzung der Nationalversammlung schloß Präsident Fehrenbach vor, daß zunächst der Steuer- und Finanzrat zu arbeiten haben werde, ihn zu ernennen, den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Einberufung der Nationalversammlung werde wohl vor Ende Februar nicht stattfinden können. Das Haus trat dem Vorschlag des Präsidenten bei.

Die „Ordnungen“ in den Rheinlanden.

Von einem Mitglied der Nationalversammlung wird uns geschrieben: Nach dem Rheinlandabkommen ist die Hohe Kommission zu Koblenz, die die höchste Spitze der fremdländischen Besatzung und Verwaltung im besetzten Gebiet darstellt, berechtigt, alle Maßnahmen zu treffen, die den Unterhalt, die Bedürfnisse oder die Sicherheit der Besatzungstruppen gewährleisten. Vor wenigen Tagen hat diese Kommission eine Reihe von „Ordnungen“ herausgegeben, die Gesetzeskraft haben und für die ganze Dauer der Besatzung das Leben in den besetzten Gebieten regeln sollen.

Diese Verordnungen gehen weit über das hinaus, was in dem Rheinlandabkommen vorgesehen war. Sie beschäftigen sich nicht nur mit dem Schutze, dem Unterhalt, den Bedürfnissen und der Sicherheit der Besatzungsarmee, sondern halten sich darüber hinaus für befugt, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung zu treffen. Schon das bedeutet ein tiefgehendes Eingreifen in die Souveränität des Deutschen Reiches und der Länder, die nach allgemeinen völker- und staatsrechtlichen Grundsätzen allen Befugnis und verpflichtet sind, die Ordnung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Diese Ordnungen scheuen aber auch vor weiteren Eingriffen in die deutschen Hoheitsrechte nicht zurück. Nach

dem Rheinlandabkommen sollte die Verwaltung bei den deutschen Behörden verbleiben. Die Ordnungen bestimmen ausdrücklich, daß die deutschen Gesetze und Verordnungen nur in soweit Geltung haben, als die Hohe Kommission es bestimmt. Das Wabern der deutschen Gesetze, deren Ausübung zugelassen ist, behält sich die Hohe Kommission ausdrücklich vor. Während nach dem Rheinlandabkommen die Gerichtsbarkeit bei den deutschen Gerichten verbleiben sollte, wird durch diese Ordnungen die Zuständigkeit der einzelnen Länder geradezu beseitigt. Es werden Sondergerichte eingeführt für bürgerliche Streitigkeiten und für Strafsachen. Diesen Sondergerichten unterstehen aber nicht nur Angehörige der alliierten Mächte, was man vielleicht verstehen könnte, sondern auch deutsche Reichsangehörige im weiteren Sinne. Jeder Angehörige einer alliierten Macht kann jederzeit mit der Behauptung, daß das deutsche Recht gegen ihn mißbräuchlich zur Anwendung gekommen sei, Berufung gegen ein Urteil eines deutschen Gerichts, auch des Reichsgerichts, an befürderten Alliierten-Gerichten erheben. Damit ist ein Zustand der Rechtsunsicherheit geschaffen, der um so bedrohlicher wirkt, weil sich die Hohe Kommission in ihren Ordnungen ausdrücklich das Recht vorbehält, jederzeit einzelne Sachen und ganze Kreise von Sachen zu bestimmen, die der Zuständigkeit der deutschen Gerichte entzogen sind. Bei Strafe ihrer Abberufung und bei Androhung der Ausweisung haben die deutschen Beamten der Hohe Kommission zu gehorchen. Die Strafe der Ausweisung droht ferner jedem, dessen Anwesenheit im besetzten Gebiet gezwungen erscheint, den Unterhalt, die Bedürfnisse oder die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, auf Grund halloher Verdächtigungen jeden Deutschen auf die ganze Dauer der Besatzung von Haus und Hof zu vertreiben. Dieser Eingriff in die Rechtssphäre der Persönlichkeit ist kaum zu ertragen. Überaus empfindlich sind auch die schweren Strafen, die auf Falschung und Fälschungen gesetzt sind. Jeder, dessen Worte, Gebärden oder Haltung in Beziehung auf ein Mitglied der Hohe Kommission, oder einer zugeordneten Person, oder auf ein Mitglied der Besatzungstruppen, oder auf Fahnen, oder auf ein anderes militärisches Emblem sich als ungeschicklich kennzeichnen, unterliegt schwerer Geld- und Gefängnisstrafe. Die Presse- und Versammlungsfreiheit bleibt nach wie vor ausgeschlossen. Briefe, Telegramme, Telephongespräche, kinematographische Darstellungen, selbst Musikinstrumente unterliegen der Zensur. Der Verkehr innerhalb des besetzten Gebietes und mit dem übrigen Deutschland wird durch Vorschriften über Paßzwang beschränkt. Das Streikrecht der Arbeiter ist durch besondere Verfügungen eingeschränkt.

Nur, auf allen Gebieten zeigt sich eine grundsätzliche Nichtachtung der Grundrechte der Bewohner der besetzten Länder. Man scheint diese Maßnahmen, auf Jahrtausende alter Kultur zurückblickenden ferndeutschen Teile unserer Vaterlandes nicht als besetzt, sondern als unterworfenen Gebiete behandeln zu wollen. Die Verordnungen der Hohe Kommission erinnern an die „Kapitulationsklauseln“, wie sie bis zum Weltkriege der Türkei aufgezungen waren, und gehen in manchen Bestimmungen noch weit darüber hinaus. Die unendlichen Opfer, die die Besatzung von den Rheinländern fordert, werden durch diese Verordnungen in fast unerträglicher Weise gesteigert. Die Reichsregierung hat in einer Note gegen Geist und Inhalt dieser Verordnung protestiert. Die Nationalversammlung nimmt in einer von allen Parteien eingebrachten Interpellation gleichfalls Stellung gegen diese Bestimmungen. Aber das genügt nicht: Ganz Deutschland muß wissen, welche unerhörte Druck durch diese Verordnungen unseren rheinischen Brüdern auferlegt wird und ganz Deutschland muß ihnen helfen, die Last zu tragen, die für ihre Schultern allein zu schwer wäre.

Nationalversammlung.

d. Berlin, 17. Jan. (Eig. Bericht.) Betriebsrätegesetz. Wetterleuchten umblitzte die Sitzung am Sonnabend. Der schließlich in drei Lesungen bewilligte — Gesetzentwurf über die 150 prozentige Erhöhung der Lohnzulagen für Beamte — zu dem die Abgeordneten (Ztr.), Dr. Heintze (D. V.), Dr. Wühlinger (Dnl.), Kump (Dem.), Steinfort (Soz.), Seger (L. S.), Brühl (Dnl.)

den den Blick nach unten richtete, sah er wieder den Freund des alten Zeve Manners; der ging dort zwischen den Arbeitern, sprach zu dem und jenem, lachte über einem zu, klopfte dort mit freundschaftlichem Gesicht auf die Schulter, und einer nach dem andern sagte wieder seinen Spaten; noch einige Augenblicke, und die Arbeit war wieder in vollem Gange. — Was wollte er denn noch? Der Priel mußte geschlossen werden, und der Hund barg er sicher genug in den Falten seines Mantels. Mit plötzlichem Entschluß wandte er seinen Schimmel gegen den nächsten Wagen: „Stroh an die Kante!“ rief er herrlich, und wie mechanisch gehorchte ihm der Führer; bald rauchte es hinab in die Tiefe, und von allen Seiten regte es sich auf neue und mit allen Aemern.

Eine Stunde war noch so gearbeitet; es war noch sechs Uhr, und schon brach tiefe Dämmerung herein; der Regen hatte aufgehört, da rief Hauke die Luffeher an sein Pferd: „Morgen früh vier Uhr“, sagte er, „ist alles wieder auf dem Platz; der Wind wird noch am Himmel sein; da machen wir mit Gott den Schluß! Und dann noch eines!“ rief er, als sie gehen wollten: „Kennst du den Hund?“ und er nahm das zitternde Tier aus seinem Mantel.

Sie verneinten das; nur einer sagte: „Der hat fast taglang schon im Dorf herumgebetelt; der gehört gar keinem!“

„Dann ist er mein!“ entgegnete der Deichgraf. „Wer gesteht nicht: morgen früh vier Uhr!“ und ritt davon.

Als er heimkam, trat Ann Grete aus der Tür; sie hatte saubere Kleidung an, und es sah ihr durch den Kopf, sie gehe jetzt zum Rautentischschneider: „Galt dir Schürze auf!“ rief er ihr zu, und da sie es unwillkürlich tat, warf er das fleischmüde Bündlein ihr hinein: „Bring ihn der kleinen Wende; er soll ihr Spielkamerad werden! Aber mach und wärm ihn zuvor; so tußt du auch ein gutgefallenes Werk, denn die Kreatur ist schief verflochten.“

Und Ann Grete konnte nicht lassen. Ihrem Mitleid horram zu leisten, und kam deshalb heute nicht in den Rautentisch.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

In den Oktober hineinging, stand an der Westseite des Schloßes fest in dem von beiden Seiten her kommenden Hauptwind, der bis auf die Rückenpriele nun mit seinem sanften Profile rings um die Wasserseite abfiel und am fünfzehn Fuß hohen an Jockersbühl vorbei umschwebte in das Wasser hinein; aber freilich auch die Winde fühlten sich schärfer; die Haare flogen, und wer hier ausschauen wollte, der mußte die Nase fest auf dem Kopf haben. Zu Ende November, wo Sturm und Regen eingefallen waren, blieb nur noch hart am alten Deich die Schicht zu schließen, auf deren Grunde an der Nordseite das Meerwasser durch den Priel in den neuen Strog hineingießt. Zu beiden Seiten standen die Wände des Deiches; der Abgrund zwischen ihnen mußte jetzt verschwinden. Ein troden Sommerwetter hätte die Arbeit wohl erleichtert; aber auch so mußte sie getan werden, denn ein aufstrebender Sturm konnte das ganze Werk gefährden. Und Hauke setzte alles daran, um jetzt den Schluß herbeizuführen. Der Regen strömte, der Wind pffte; aber seine hegere Gestalt auf dem schwarzen Schimmel tauchte bald hier, bald dort aus den schwarzen Schimmelreiter empor, die oben wie unten an der Nordseite des Deiches neben der Schlucht beschäftigt waren. Jetzt sah man ihn unten bei den Sturzkarren, die schon weiter her die Kleeerde aus dem Vorlande holen mußten, und von denen eben ein gedrängter Haufen bei dem Priele anlangte und seine Last dort abzuwerfen suchte. Durch das Gefälle des Regens und das Brausen des Windes klangen von Zeit zu Zeit die scharfen Befehls Worte des Deichgrafen, der heute hier allein gebieten wollte; er rief die Karren nach den Hammern vor und wies die Drängenden zurück; ein „Galt!“ scholl von seinem Munde, dann ruhte unten die Arbeit; „Stroh!“ ein fuder Stroh

hinab!“ rief er denen oben zu, und von einem der oben haltenden Fuder stürzte es auf den nassen Klei hinunter. Unten sprangen Männer dazwischen und zerten es auseinander und schoben nach oben, sie nur nicht zu begreifen. Und wieder kamen neue Karren, und Hauke war schon wieder oben und sah von seinem Schimmel in die Schlucht hinab, und wie sie dort schaukelten und stützten; dann warf er seine Augen nach dem Hof hinaus. Es wehte scharf, und er sah, wie mehr und mehr der Wasserhaum am Deich hinaufklimmte und wie die Wellen sich noch höher hoben; er sah auch, wie die Leute triefen und kaum atmen konnten in der schweren Arbeit vor dem Winde, der ihnen die Luft am Munde abschneidte, und vor dem kalten Regen, der sie übertränkte. „Ausgehalten, Leute! Ausgehalten!“ schrie er zu ihnen hinab. „Nur einen Fuß noch höher; dann ist genug für diese Stüt!“ Und durch alles Getöse des Wetters hörte man das Geräusch der Arbeiter: das Klatschen der hineingestützten Kleimassen, das Rauseln der Karren und das Rauschen des von oben hinabgefallenen Strohes ging unauffallend vorwärts; dazwischen war mitunter das Winseln eines kleinen gelben Hundes laut geworden, der freier und wie verloren zwischen Menschen und Fahrzeugen herumgelaufen wurde; plötzlich aber scholl ein jammervoller Schrei des kleinen Tieres von unten aus der Schlucht herauf. Hauke dachte hinab; er hatte es von oben hinuntersehen: eine junge Zornröte stieg ihm ins Gesicht. „Galt! Galt!“ schrie er zu den Karren hinunter; denn der nasse Klei wurde unauffallend aufgeschüttet.

„Warum?“ schrie eine rauhe Stimme von unten herauf; „doch um die elende Hundekreatur nicht?“

„Galt! Galt!“ schrie Hauke wieder; „bringt mir den Hund! Bei unserm Werte soll kein Krebsel sein!“ Aber es rührte sich keine Hand; nur ein paar Spaten zogen Klei flogen noch neben das schreiende Tier. Da gab er seinem Schimmel die Sporen, daß das Tier einen Schrei ausließ, und stürzte den Deich hinab, und alles wich vor ihm zurück. „Den Hund!“ schrie er; „ich will den Hund!“

Eine Hand schlug sanft auf seine Schulter, als wäre

es die Hand des alten Zeve Manners; doch als er umfah, war es nur ein Freund des Alten.

„Nehmt Euch in acht, Deichgraf!“ raunte der ihm zu. „Ihr habt nicht Fremde unter diesen Reuten; laßt es mit dem Hunde gehen!“

Der Wind pffte, der Regen klatschte; die Leute hatten die Spaten in den Grund gesteckt, einige sie fortgeworfen. Hauke neigte sich zu dem Alten: „Wollt Ihr meinen Schimmel halten, Galt?“ fragte er; und als jener noch kaum den Zügel in der Hand hatte, war Hauke schon in die Luft gesprungen und hielt das kleine winfelnde Tier in seinem Arm; und fast im selben Augenblicke sah er auch wieder hoch im Sattel und sprengte auf den Deich zurück. Seine Augen flogen über die Männer, die bei den Wagen standen. „Wer war es?“ rief er. „Wer hat die Kreatur hinweggenommen?“

Einen Augenblick schwebte alles, denn aus dem hageren Gesicht des Deichgrafen sprühte der Zorn, und sie hatten abergläubische Furcht vor ihm. Da trat von einem Führer ein stiermüder Kerl vor ihn hin. „Ich tat es nicht, Deichgraf“, sagte er und biß von einer Rolle Rautab ein Stücken ab, das er sich erst ruhig in den Mund schob; „aber der es tat, hat recht getan; soll Euer Deich sich halten, so muß was Lebendes hinein!“

„Was Lebendes? Aus welchem Kataklysmus hast du das gelernt?“

„Aus keinem, Herr!“ entgegnete der Kerl, und aus seiner Kehle stieß ein freches Lachen; „das haben unsere Großväter schon gewußt, die sich mit Euch im Christentum wohl messen durften! Ein Kind ist besser noch; wenn das nicht da ist, tut es auch wohl ein Hund!“

„Schweig du mit deinen Heidenlehren“, schrie ihn Hauke an, „es stopfte besser, wenn man dich hineinwürfe.“

„Doch!“ erscholl es; aus einem Dutzend Kehlen war der Laut gekommen, und der Deichgraf gewachte ringsum grimmige Gesichter und geballte Fäuste; er sah wohl, daß das keine Freunde waren; der Gedanke an seinen Deich überfiel ihn wie ein Schrecken: was sollte werden, wenn jetzt alle ihre Spaten hinwegwären? — Und als er

Wirth (Ztr.)
sprachen — go
aber leitete die
Reichsverwaltung
perament eintr
mit seinem Cha
dort“, Abg.
punkt Stellung
spricht er sich
kaiserliche Heim
pfindung der d
einem Vorstoß
berger. Dieser
noch Abg. Dr.
Finanzminister
mehr braten.
Zentrumspar
war in fieberh
rliche Volksabst
pagiert — eine
vorteilhaft für
eine Besuchab
sprechungen mi
Was die Abg.
aus den Tagen
Heims Schuttha
fertigung auch
vom Leder, Ab
trumschloßes, fo
sinein. Bis zu
gelöst wurden.
bedinglicher un
Diskussion an
Gewährung von
bieten und Möb
in Beamtenfrag
Erwähnenswer
Merseburg geg
Sachen der Lan

Um 4 Uhr
Verhandlung fi
Kausnahme der
betr. die von de
Rheinlande erl
Abg. Dr. S.
mit Deutschlan
Deutsche Reich
kommen über
Landes als für
von den Verbü
ordnungen erla
ausgeht, daß a
Verbündeten zu
der öffentlichen
folgebunden wi
gehalten. Wir
Maßnahmen zur
Landabkommens
Reichsminist
fugungen in de
Rheinlandkom
wäre das Rhei
unverantwortes
Souveränität,
fremden Behör
die oberste Ver
lande nicht ein
Verpflichtungen
und Ungnade i
an die Nationa
Woll! Raffen S
nale Einheitsfr
lich vertiefende
die Behandlung
Rheinland ist
das Rheinland
keine Willkür
daß wir von
die sich dort de
größen die Br
an der Zuerst
betätigen wir
auch sein treue
Damit ist
der Angelegen

Das Betriebsr
In der
Schiele (Dn
es dem dar
berausstiege
Abg. Dr. M
gleichfalls die
ment des fog
Ghrhard
bei den Vorre
wohl einen g
stimmte dem G
wendigkeit era
Senke (Al
lagsgesetze al
besetzt sei. Un
morden werde
sch verabschied
O k r o t h
Vorwurf, daß
Abstimmungen
Das Betriebsr
Menschenstief
von den Ideo
Demokratie al
Erfelen
wie es von de
sch zugrunde
Die allgemei
ebenfalls mit e
des Gefeges.
findung in R
wid. So kann
Rechten und d
heit begründ
Der Präsi

Verantwortlicher Redakteur: Rudo
für den Inseratenteil verantwortlich: C
in Herford.

Herford, den 19. Januar 1920.
Am 17. Januar verschied nach längerem Leiden meine
Liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante

Frau Frieda Eilmeyer

geb. Hüller

im Alter von 36 Jahren.

Um stillen Beileid bittet im Namen der trauernden
Hinterbliebenen

Carl Eilmeyer nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr
vom Trauerhause, Wittekindstr. 8, aus statt.

Musikverein.
I. Probe zur Neunten
von Beethoven
Montag, den 19. Jan. — 8 Uhr.
Damen u. Herren pünktl. 8 Uhr.

Sehr gute
Zigaretten
100 Stück 20 Mark
gibt in jedem Quantum an
Private ab. **O. Schultes** 40,
Petershagen a. d. Weser.

Gutes Maschinengarn
weiß und schwarz, à Rolle Nr.
250, versende p. Nachnahme 10
Marken zur Probe für Nr. 26 50.
Aug. Nennensh jr.,
Schwelm i. W.

Lüchtige Tischler
sucht
August Böhle, Möbelfabr.

Suche zu Oftern oder früher
für Kontor u. Lager
Lehrling
mit guter Schulbildung aus
achtbarer Familie.
H. Meyer, Rohrmöbelfabrik,
Bismarckstraße 31.

Jungen
von 16—19 Jahren auf sofort
oder zum 1. Februar für **Kan-**
tine gesucht. Meldungen mit
Zeugnisabschriften und Lohn-
antrag an
W. Schäferbarthold,
Minden i. W. Königstr. 84

Sofort Kontoristin
gesucht, versteht im Maschin-
schreiben und Stenographie.
M. Hoff, Ellerbrock & Söhne,
Schönladenfabrik.

Lüchtige Tischler
sucht
August Böhle, Möbelfabr.

Lüchtige
Vertreter
f. Darlehnsgehalt
gesucht,
evtl. Nebenerwerb sehr lohn-
end. Off. u. B. 3. 27881
a. Rudolf Mosse, Bremen.

Per sofort oder später eine
zuverlässige
Kontoristin
für alle Kontorarbeiten gesucht.
Geht. Angebote unt. Nr. 5368
an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Schreibmaschinen
zu kaufen gesucht, auch repara-
turbereit.
Angebote unter Nr. 5371 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Für den
Bezirk Elverdissen
suchen wir einen ordentlichen
Austräger
bei gutem Lohn
Herrforder Zeitung
für Stadt u. Land.

Wäsche-
Ausstattung
gesucht.
Offerten u. Preis unt. Nr. 5281
an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Schreibmaschine,
Sicherschrift, zu kaufen gesucht.
Angebote unter Angabe von
Preis und System an die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung unter
Nr. 5372.

Alt-Eisen, Lumpen,
Metalle, sowie
jämliche Felle
laufen laufend zu Tagespreisen
Produktenhandlung
Friedr. Schaminsky,
Holländstr. 27.
Jede Menge wird abgekauft.

Gleichfr. El. Motor
17 1/2 PS. 440 B. sofort
zu verkaufen. Angeb. unt. 5371
an d. Geschäftsstelle d. Zeitung.

1- oder 2-Familien
Wohnhaus
zu kaufen oder mieten gesucht.
Evtl. auch abget. L. Wohnhaus
(6 Räume) für bald oder später
zu mieten. **Johs. Sieb.**
Herford, Katterstr.-Bldg. 6.

Herford, den 17. Januar 1920.
Heute morgen 7 Uhr entschlief sanft,
nach kurzer Krankheit, unsere liebe Mut-
ter, Schwiegermutter, Großmutter und
Urgroßmutter

Frau Witwe Wilhelmine Meyer

geb. Dittmann

im Alter von 83 Jahren.

Namens der trauernden Hinterbliebenen
Familie Bäckermeister August Kleine.

Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr,
vom Trauerhause, Rennstr. 37, aus statt.

Dankagung.
Für die uns beim Hinscheiden unserer lieben
Entschlafenen bewiesene Teilnahme sprechen wir
unseren
herzlichsten Dank
aus.
Familie Melhöfener.

Suche für sofort in Dauerstellung
bei hohem Lohn
1 oder 2 tüchtige Holzmaler.
Möbelfabrik Hubert Melchers
Heinsberg (Rhd).

Wir suchen
für einige Strecken in den Feldmarken Salz-
pflanzstraßen—Langenberg sofort ordentliche
Zeitungs-Austräger.
Herrforder Zeitung für Stadt und Land.

Bekanntmachung.
Die Verzeichnisse der Unternehmer der Land- und
forstwirtschaftlichen Betriebe für den Stadtbezirk Her-
ford und der Auszug aus der Nachweisung über die Ver-
teilung der Genossenschaftsbeiträge für das Jahr 1919
liegen gemäß 1021 Abs. 2 Satz 1 der Reichsversicherungs-
ordnung, vom 19. Januar 1920 ab 2 Wochen lang zur
Einsicht der Beteiligten auf der Kassenkasse hieselbst
offen.
Binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen kann der
Betriebsunternehmer, unbeschadet der Verpflichtung zur
vorläufigen Zahlung, gegen die Beitragsberechnung bei
dem Sektionsvorstande Widerspruch erheben. Durch die-
sen Widerspruch kann nur die Beitragszahlung, nicht
aber die Veranlagung und Abschätzung angefochten wer-
den.
Herford, den 15. Januar 1920.
Der Sektionsvorstand
der Westfälischen landw. Berufsgenossenschaft
der Stadt Herford.

Brintmanns Theater,
Dir. Willy Tholen.
Dienstag, den 20. Januar 1920, abends 7 1/2 Uhr,
Benefiz- u. Ehrenabend für Herrn Carlo Roland
Des großen Erfolges wegen, unwillkürlich zum
letzten Mal:
„Der Stabstrompeter“
Operettenposse in 4 Akten von W. Mannfeldt.
Operettenpreise. Vorverkauf bei Korkamp.

Perser
Teppiche
ant. Gobelins, sucht aus Privatbesitz Architekt zu Einrichtungs-
zwecke
Angebote unter Off. B. 456 an d. Geschäftsstelle dieser Ztg.

Ordentliche Frau
zum Reinigen unserer Büro-Räume und
Anheizen sofort gesucht.
Herrforder Zeitung für Stadt und Land.

Kohlen!
Der Verkauf von Kohlen auf Marke 4 der gelben
Kohlenkarte für diejenigen Haushaltungen, die die
Kohlen selbst holen wollen, findet wie folgt statt:
Bezirk 1, Kohlenhändler Schierkamp, Bielefelderstr.
am Dienstag, den 20. ds. Mts., von Nr. 1—300,
am Mittwoch, den 21. ds. Mts., von Nr. 301 bis Schluß.
Bezirk 2, Kohlenverkaufsstelle G. m. b. H., Wittekind-
straße
am Dienstag, den 20. ds. Mts., von Nr. 1—300,
am Mittwoch, den 21. ds. Mts., von Nr. 301 bis Schluß.
Das Geld ist abgezahlt bereit zu halten. Die Marken
dürfen nur durch den Kohlenhändler von der Stam-
marke abgetrennt werden.
Herford, den 17. Januar 1920.
Die Ortskohlenstelle Herford-Stadt.

Lichtspielhaus Wittekind.
Höckerstraße 5 Fernsprecher 610
Numerierte Einlasskarten
zu den 4 Abend-Vorstellungen
vom Dienstag, den 20. Januar
bis Freitag, den 23. Januar
Pest in Florenz
sind von heute ab täglich im
Vorverkauf von nachmittags
4 Uhr an
an unserer Kasse zu haben.

Benzin- oder Petroleumfaß
fassend 100 Liter, sucht zu kaufen
Herrforder Zeitung für Stadt und Land

Bekanntmachung.
Am Dienstag, den 20. Januar d. Js., wird der
Transformator im Heidehof vom 8 Uhr Vormittags bis
bis 5 Uhr Nachmittags wegen Reparatur außer Betrieb
gesetzt.
Es werden daher die an das Drehstromnetz ange-
schlossenen Stromabnehmer in dieser Zeit ohne Licht
und Kraftstrom sein.
Herford, den 17. Januar 1920.
Stadt, Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werte.

Bekanntmachung
Der Herr Regierungs-Präsident in Minden hat am
15. ds. Mts. auf Grund des Erlasses des Herrn
Ministers des Innern vom 20. Oktober 1919 die Be-
schlüsse der städtischen Körperschaften vom 12. und 13.
Dezember 1919 genehmigt, von dem nach § 17 des Grund-
erwerbsteuergesetzes der Besteuerung zu Grunde zu lie-
genden gemeinen Werte oder dem nach § 12—14
seine Stelle tretenden Betrage einen Zuschlag von 1 vom
Hundert vorläufig für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis
30. September 1920 zu erheben.
Herford, den 15. Januar 1920.
Der Magistrat.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Sonntag morgen 9 Uhr, entschlief sanft, nach
kurzer Krankheit, unsere liebe Mutter

Wwe. Hermine Hensinger von Waldegge

geb. Brüggemann

im Alter von 73 Jahren.

Im tiefen Schmerz:
Carl Hensinger von Waldegge.
Herford, Dettinghauserweg 47.
Eduard Hensinger von Waldegge,
nebst Familie, Charlottenburg.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 21. Januar,
nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofshalle Herford,
aus statt.

Ab Dienstag:
Pest in Florenz
Lichtspielhaus „Wittekind“.